Beilage des „Neuen Vorwärts" Nr. 24

Lehren der Geschichte

Adolf Hitler — Louis Bonaparte

Nach den Schwindelwahlen vom 12. November ist in der französischen Presse auf die merkwürdige Tatsache hingewiesen worden, daß die Stimmenzahl von 92 Prozent, die die Wahlmacher Hitlers als Regierungsstimmen anzugeben für gut hielten, genau mit der Stimmenzahl übereinstimmt, die Louis Bonaparte, der spätere Kaiser Napoleon III., nach dem Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 bei der „Volksabstimmung" vom 20. und 21. Dezember erhielt. Dieser mit einem Tropfen demokratischen Oels gesalbte Staatsstreich war der Schlußpunkt einer Entwicklung, die von der siegreichen Februarrevolution 1848 über den niedergeschlagenen Aufstand des Pariser Proletariats im Juni 1848 zur Aushöhlung und Zertrümmerung der bürgerlichen Republik durch den im Dezember 1848 gewählten Präsidenten Louis Bonaparte führte.

Karl Marx hat diesen Leidensweg der zweiten französischen Republik in seiner genialen Schrift „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte" geschildert (Dietz, Stuttgart, 1914). Diese 1852 verfaßte Schrift liest sich stellenweise wie eine Darstellung des heutigen Deutschland. Wir lassen hier die wichtigsten Abschnitte folgen:

Der Niedergang der Revolution und der Aufstieg Bonapartes

„Die Niederlage der Juniinsurgenten (1848) hatte . . . das Terrain vorbereitet, geebnet, worauf die bürgerliche Republik begründet, aufgeführt werden konnte; aber sie hatte zugleich gezeigt, daß es sich in Europa um andere Fragen handelt als um „Republik oder Monarchie" . . . Sie hatte bewiesen, daß in altzivilisierten Ländern mit entwickelter Klassenbildung, mit modernen Produktionsbedingungen und mit einem geistigen Bewußtsein, worin alle überlieferten Ideen durch jahrhundertelange Arbeit aufgelöst sind, die Republik überhaupt nur die politische Umwälzungsform der bürgerlichen Gesellschaft bedeutet und nicht ihre konservative Lebensform.

Alle Klassen und Parteien hatten sich während der Junitage zur Partei der Ordnung vereint gegenüber der proletarischen Klasse, als der Partei der Anarchie, des Sozialismus, des Kommunismus . . . Der Auswurf der bürgerlichen Gesellschaft bildet schließlich die heilige Phalanx der Ordnung, und Held Crapulinsky (Bonaparte) zieht in die Tuilerien ein als „Retter der Gesellschaft". (S. 15—17.)

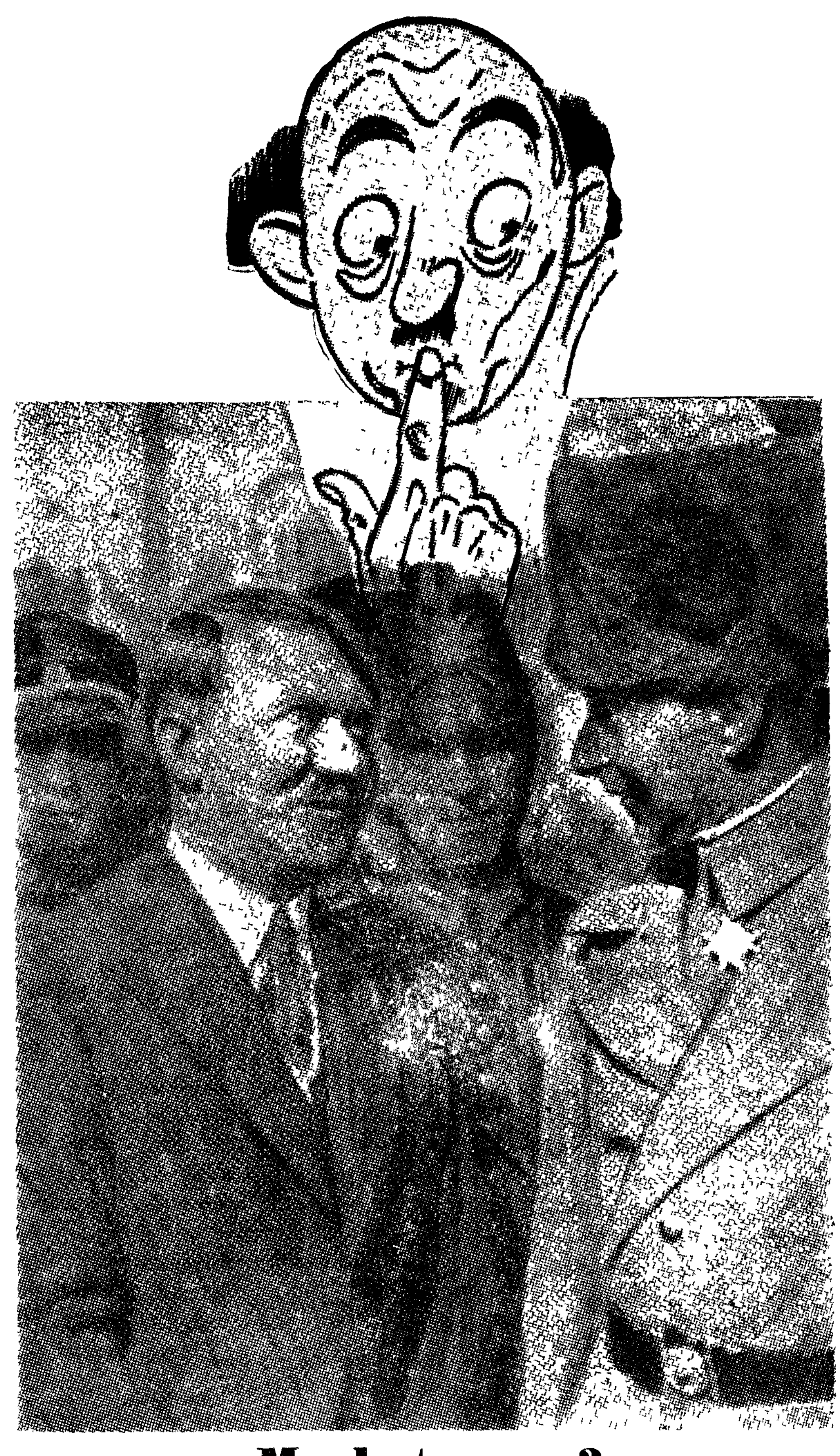
Die französische SA

„Die Gesellschaft des 10. Dezember datiert vom Jahre 1849. Unter dem Vorwand, eine Wohltätigkeitsgesellschaft zu stiften, war das Pariser Lumpenproletariat in geheime Sektionen organisiert worden, jede Sektion von bonapartistischen Agenten geleitet, an der Spitze ein bonapartistischer General. Neben zerrütteten Wüstlingen mit zweideutigen Existenzmitteln und von zweideutiger Herkunft, neben verkommenen und abenteuernden Ablegern der Bourgeoisie, Vagabunden, entlassenen Soldaten, entlassene Zuchthaussträflinge, entlaufene Galeerensklaven, Gauner, Gaukler, Tagediebe, Taschendiebe, Taschenspieler, Spieler, Bordellhalter, Lastträger, Literaten, Orgeldreher, Lumpensammler, Scherenschleifer, Kesselflicker, Bettler, kurz die ganze unbestimmte, aufgelöste, hin und her geworfene Masse, die der Franzose la Bohème nennt; mit diesem ihm verwandten Element bildete Bonaparte den Stock der Gesellschaft vom 10. Dezember. „Wohltätigkeitsgesellschaft" — insofern alle Mitglieder gleich Bonaparte das Bedürfnis fühlten, sich auf Kosten der arbeitenden Nation wohlzutun." (S. 59)

Bürgertum gegen Arbeiterschaft

„Die Bourgeoisie hatte die richtige Einsicht, daß alle Waffen, die sie gegen den Feudalismus geschmiedet, ihre Spitze gegen sie selbst kehrten, daß alle Bildungsmittel, die sie erzeugt, gegen ihre eigene Zivilisation rebellierten, daß alle Götter, die sie geschaffen, von ihr abgefallen waren. Sie begriff, daß alle sogenannten bürgerlichen Freiheiten und Fortschrittsorgane ihre Klassenherrschaft zugleich an der gesellschaftlichen Grundlage und an der politischen Spitze angriffen und bedrohten, also „sozialistisch" geworden waren. In dieser Drohung und in diesem Angriff fand sie mit Recht das Geheimnis des Sozialismus, dessen Sinn und Tendenz sie richtiger beurteilt, als der sogenannte Sozialismus sich selbst zu beurteilen weiß . . .

Indem also die Bourgeoisie, was sie früher als „liberal" gefeiert, jetzt als „sozialistisch" verketzert, gesteht sie ein, daß ihr eigenes Interesse gebietet, sie der Gefahr des Selbstregierens zu überheben, daß, um die Ruhe im Lande herzustellen, vor allem ihr Bourgeoisparlament zur Ruhe gebracht; um ihre gesellschaftliche Macht unversehrt zu erhalten, ihre politische Macht gebrochen werden müsse; daß die Privatbourgeois nur fortfahren können, die anderen Klassen auszubeuten und sich ungetrübt des Eigentums, der Familie, der Religion und der Ordnung zu erfreuen, unter der Bedingung, daß ihre Klasse neben den anderen Klassen zu gleicher politischer Nichtigkeit verdammt werde; daß, um ihren Beutel zu retten, die Krone ihr abgeschlagen und das Schwert, das sie beschützen sollte, zugleich als Damoklesschwert über ihr eigenes Haupt gehängt werden müsse." (S. 50 bis 52.)



Merkste was?

Die Selbstentmachtung des Bürgertums

„Die französische Bourgeoisie bäumte sich gegen die Herrschaft des arbeitenden Proletariats auf, sie hat das Lumpenproletariat zur Herrschaft gebracht, an der Spitze den Chef der Gesellschaft vom 10. Dezember. Die Bourgeoisie hielt Frankreich in atemloser Furcht vor den zukünftigen Schrecken der roten Anarchie; Bonaparte diskontierte ihr diese Zukunft, als er am 4. Dezember (1851) die vornehmen Bürger des Boulevard Montmartre und des Boulevard des Italiens durch die schnapsbegeisterte Armee der Ordnung von ihren Fenstern herabschießen ließ. Sie verherrlichte den Säbel, der Säbel beherrscht sie. Sie vernichtete die revolutionäre Presse; ihre eigene Presse ist vernichtet. Sie stellte die Volksversammlungen unter Polizeiaufsicht; ihre Salons stehen unter der Aufsicht der Polizei. Sie löste die demokratischen Nationalgarden auf: ihre eigene Nationalgarde ist aufgelöst. Sie verhing den Belagerungszustand; der Belagerungszustand ist über sie verhängt. Sie unterdrückte jede Regung der Gesellschaft durch die Staatsmacht; jede Regung ihrer Gesellschaft wird durch die Staatsmacht unterdrückt. Sie rebellierte aus Begeisterung für ihren Geldbeutel gegen ihre eigenen Politiker und Literaten; ihre Politiker und Literaten sind beseitigt, aber ihr Geldbeutel wird geplündert, nachdem sein Mund geknebelt und seine Feder zerbrochen ist. . . . Die französische Bourgeoisie hatte längst das Dilemma Napoleons I. gelöst: „In fünfzig Jahren ist Europa republikanisch oder kosakisch". Sie hatte es gelöst in der „kosakischen Republik." (S. 97 und 98.)

Die Diktatur der Gewalt

„Die Staatsmaschine hat sich der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber so befestigt, daß an ihrer Spitze der Chef der Gesellschaft vom 10. Dezember genügt, ein aus der Fremde herbeigelaufener Glücksritter, auf den Schild gehoben von einer trunkenen Soldateska, die er durch Schnaps und Würste erkauft hat, nach der er stets von neuem mit der Wurst werfen muß. Daher die kleinlaute Verzweiflung, das Gefühl der ungeheuersten Demütigung, Herabwürdigung, das die Brust Frankreichs beklemmt und seinen Atem stocken macht. Es fühlt sich wie entehrt." (S. 101.)

Die Terrorwahlen

„Die Bourgeoisie hatte jetzt (am 20. und 21. Dezember 1851) offenbar keine andere Wahl, als Bonaparte zu wählen. Als die Puritaner auf dem Konzil von Konstanz über das lasterhafte Leben der Päpste klagten und über die Notwendigkeit der Sittenreform jammerten, donnerte der Kardinal Pierre d'Ailly ihnen zu: „Nur noch der Teufel in eigener Person kann die katholische Kirche retten, und ihr verlangt Engel." So rief die französische Bourgeoisie nach dem Staatsstreich: Nur noch der Chef der Gesellschaft vom 10. Dezember kann die bürgerliche Gesellschaft retten, nur noch der Diebstahl — das Eigentum, der Meineid — die Religion, das Bastardtum — die Familie, die Unordnung — die Ordnung!" (Seite 109.)

Die inneren Widersprüche der Diktatur

„Bonaparte als die verselbständigte Macht der Exekutivgewalt, fühlt seinen Beruf, die „bürgerliche Ordnung" sicherzustellen. Aber die Stärke dieser bürgerlichen Ordnung ist die Mittelklasse. Er weiß sich daher als Repräsentant der Mittelklasse und erläßt Dekrete in diesem Sinne. . . Bonaparte weiß sich zugleich gegen die Bourgeoisie als Vertreter der Bauern und des Volkes überhaupt, der innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft die unteren Volksklassen beglücken will. Neue Dekrete, die die „wahren Sozialisten" im voraus um ihre Regierungsweisheit prellen. Aber Bonaparte weiß sich vor allem als Chef der Gesellschaft vom 10. Dezember, als Repräsentanten des Lumpenproletariats, dem er selbst, seine Umgebung, seine Regierung und seine Armee angehören, und für das es sich vor allem darum handelt, sich wohlzutun und kalifornische Lose aus dem Staatsschatz zu ziehen. Und er bestätigt sich als Chef der Gesellschaft vom 10. Dezember mit Dekreten, ohne Dekrete und trotz der Dekrete.

Diese widerspruchsvolle Aufgabe des Mannes erklärt die Widersprüche seiner Regierung, die bald diese, bald jene Klasse bald zu gewinnen, bald zu demütigen sucht und alle gleichmäßig gegen sich aufbringt, dessen praktische Unsicherheit einen hochkomischen Kontrast bildet zu dem gebieterischen, kategorischen Stil der Regierungsakte . . . Bonaparte möchte als der patriarchalische Wohltäter aller Klassen erscheinen. Aber er kann keiner geben, ohne der anderen zu nehmen." (Seite 109 und 110.)

Die Päderastenregierung

„Man hätte unrecht, bei dem Hofe und der Sippe Louis Bonapartes an die Regentschaft oder Ludwig XV. zu erinnern. Denn oft schon hat Frankreich (nach den Worten von Frau Girardin) eine Mätressenregierung erlebt, aber noch nie eine Regierung von männlichen Prostituierten" (S. 111.)

Anarchie als unvermeidliche Folge

„Von den widerspruchsvollen Forderungen seiner Situation gejagt, zugleich wie ein Taschenspieler in der Notwendigkeit, durch beständige Ueberraschung die Augen des Publikums auf sich als auf den Ersatzmann Napoleons I. gerichtet zu halten, also jeden Tag einen Staatsstreich im Kleinen zu verrichten, bringt Bonaparte die ganze bürgerliche Wirtschaft in Wirrwarr, . . . macht die einen revolutionsgeduldig, die anderen revolutionslustig und erzeugt die Anarchie selbst im Namen der Ordnung, während er zugleich der ganzen Staatsmaschine den Heiligenschein abstreift, sie profaniert, sie zugleich ekelhaft und lächerlich macht." (S. 112.)

Die Bedingungen der neuen Revolution

„Die Februarrevolution (1848) war eine Ueberrumpelung, eine Ueberraschung der alten Gesellschaft und das Volk proklamierte diesen unverhofften Staatsreich als eine weltgeschichtliche Tat, womit die neue Epoche eröffnet sei. Am 2. Dezember (1851) wird die Februarrevolution gestohlen durch die Volte eines falschen Spielers und was umgeworfen scheint, ist nicht mehr die Monarchie, es sind die liberalen Konzessionen, die ihr durch jahrhundertelange Kämpfe abgetrotzt waren. Statt daß die Gesellschaft selbst sich einen neuen Inhalt erobert hätte, scheint nur der Staat zu seiner ältesten Form zurückgekehrt, zur unverschämt einfachen Herrschaft von Säbel und von Kutte. . . Wie gewonnen, so zerronnen. . . Unterdessen ist die Zwischenzeit nicht unbenutzt vorübergegangen . . . **Die Gesellschaft scheint jetzt hinter ihren Ausgangspunkt zurückgetreten; in Wahrheit hat sie sich erst den revolutionären Ausgangspunkt zu schaffen, die Situation, die Verhältnisse, die Bedingungen, unter denen allein die moderne Revolution ernsthaft wird!** (S. 10.)

Das Ende der Gewerkschaften

Eine dramatische Unterredung

Im Europa-Verlag, Zürich, erschien soeben das Buch „Deutschland wohin?" von Lothar Frey. Der Verfasser, der offenbar zur jüngeren Generation der Gewerkschaften gehörte und dem Vorstand des ADGB. nahestand, gibt darin eine Unterredung wieder, die am 5. April zwischen Vorstandsmitgliedern des ADGB. und Vertretern der NSBO. geführt wurde. Diese Unterredung stellt einen der letzten nach Lage der Dinge gänzlich aussichtslosen Versuch dar, durch Verhandlungen und Entgegenkommen die Sache der alten Gewerkschaftskultur von dem siegreich vordringenden Barbarentum zu retten.

„Brucker (NSBO) begrüßte besonders Leipart sehr freundschaftlich als seinen „alten Bekannten" und eröffnete darauf die Sitzung mit etwa folgenden Worten: Wir wollen sehen, ob es Möglichkeiten für eine Verständigung in der Gewerkschaftsfrage gibt. Die NSBO. ist im starken Anwachsen begriffen. Die Mitglieder des ADGB. zahlen nicht mehr, es besteht die Gefahr des Zusammenbrechens der alten Gewerkschaften. Daran haben wir als Nationalsozialisten kein Interesse. Wir wollen im Gegenteil die Einheitsgewerkschaft schaffen. Wir müssen allerdings schnell arbeiten, da sonst die Massen drängen und mancherlei zerstören könnten, das durch Verständigung erhalten bleiben würde.

Leipart erwiderte darauf, daß er zunächst einmal fragen müsse, ob die anwesenden Herren der NSBO. auch Arbeiter und Gewerkschafter seien, da er Wert darauf lege, mit seinen Ausführungen verstanden zu werden.

Brucker: Die Herren sind alle Gruppenleiter in der NSBO. und sind über die Gewerkschaftsfrage im Bilde.

Leipart: Sie wissen, daß wir alle Sozialdemokraten sind, die ein Leben lang gekämpft und gelitten haben. Wir stehen zu unseren seitherigen Auffassungen. Ihre Partei hat in der letzten Zeit ehrliche Kämpfer aus unseren Reihen öffentlich herabgewürdigt und diffamiert. Welche Gewähr können Sie uns außer Ihrem ehrlichen Gesicht für eine absolut saubere Behandlung der Besprechung geben?

Brucker: Eine Veröffentlichung wird nur nach gemeinsamer Verständigung erfolgen. Die Besprechung soll aufrichtig und vertraulich geführt werden.

Leipart: Meine Herren, als Deutscher spreche ich zu Ihnen: Sorgen Sie dafür, daß nun endlich die zahlreichen Ueberfälle auf unsere Mitglieder unterbleiben, die drangsaliert, mißhandelt, ja zu Tode geprügelt werden, obwohl sie bisher nur den Arbeitern geholfen haben. Sie haben unser Eigentum zerstört. Noch heute sind 43 Gewerkschaftshäuser besetzt, und damit die Gewerkschaften an der Ausübung ihrer sozialpolitischen Arbeiten gehindert. Sie haben die Absicht, nun auch noch die Gewerkschaften zu zerschlagen (Alle NSOB.-Leute: Nein, wir wollen es nicht, Hugenberg will es). Wenn Adolf Hitler seine erste Rede an das deutsche Volk nach der Regierungsübernahme als Reichskanzler und nicht als Parteimann gehalten hätte und wenn die nationalsozialistischen Minister, besonders Herr Göring, weniger zur Gewalt aufgefordert hätten, dann hätten die Gewerkschaften auch zu dieser Regierung wie zu jeder vorausgegangenen Regierung gestanden. Wir müssen es ablehnen, Verräter an unserer Sache zu sein, denn es ist unser Lebenswerk. Ueber das hier Gesprochene müssen wir mit unseren Verbänden reden, da wir ein auf freiwilliger Grundlage zusammengeschlossener Bund sind. Im übrigen bitte ich noch zu erläutern, wie Sie sich ein Zusammengehen denken, wie die Einheitsorganisation aussehen und wer die Führer sein sollen.

Brucker: Wir werden mit den Gewerkschaftsführern zusammenarbeiten, allerdings werden einzelne Führer ausgeschaltet werden müssen aus Gründen, gegen die wir machtlos sind. Mit Weltanschauungsfragen dürfen sie sich nicht mehr beschäftigen. Unter keinen Umständen kann geduldet werden, daß sie noch eine politische Richtung vertreten. Hirsch-Dunckersche und Christliche Gewerkschaften spielen bei uns keine Rolle mehr, wir gliedern sie in die Freien Gewerkschaften ein. Die NSBO. muß die maßgebliche Führung haben. Schuhmann beansprucht die Führung des ADGB. Wir müssen daher Herrn Leipart bitten, zurückzutreten. Das kann alles in Formen geschehen, die keine Verletzung der Person zu bedeuten braucht. Eventuell kann Schuhmann bis auf weiteres als provisorischer Kommissar neben Leipart tätig sein. Wir werden die alten Kämpen nicht auf die Straße werfen. Für die älteren Führer wird gesorgt werden. Wer sich aber etwas zuschulden kommen ließ, insbesondere Korruption begangen hat, muß raus. Es werden nicht alle Handlungen als Verrat aufgefaßt werden. Es kann für den zukünftigen Stand der Gewerkschaften nicht nützlich sein, wenn sie erobert werden. Unsere Leute aber wollen erobern. Es war für uns nicht leicht, die drängenden Massen zurückzuhalten. Adolf Hitler hat aber selbst verlangt, daß die Gewerkschaften nicht zerstört werden dürfen. Wir sind keine Alltagsmenschen der Agitation, wir wollen keine Absplitterung, sondern den Stamm erhalten. Jeder Arbeiter muß organisiert sein, vielleicht kommt auch der Koalitionszwang. Wir wollen die Seele des Arbeiters erobern und ihn einbauen in den neuen Staat.

Leipart: Haben Sie einen Auftrag von Ihrem Führer? Wagener sagte, daß er von Hitler den Auftrag habe, mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Wird Hitler nicht ein Gewerkschaftsgesetz erlassen und damit unsere Verhandlungen von selbst erledigen?

Brucker: Direkten Auftrag haben wir nicht, aber der Führer erwartet von uns, daß alles von uns im Sinne der neuen Staatsidee erledigt wird. Für die Gewerkschaftsfragen sind wir allein zuständig. Wagener ist nur der Verbindungsmann. Das Gewerkschaftsgesetz kommt. Die Verhandlungen müssen aber trotzdem zu Ende geführt werden. Ein Gewerkschaftskommissar wäre längst eingesetzt worden, wenn nicht das Reichsarbeitsministerium in den Händen des Herrn Seldte und des Stahlhelms wäre. Es ist ein unmögliches Verhältnis, daß die Stahlhelmselbsthilfe mit ihren jetzt höchstens 100.000 Mitgliedern einen so entscheidenden Einfluß hat. Wir, die NSBO., wachsen ins Gigantische. Vor kurzem hatten wir noch 400.000 Mitglieder, innerhalb 14 Tagen sind wir auf eine Million angewachsen. Wir werden überall Länderkommissare einsetzen, vor allem um Uebergriffe gegen die Gewerkschaften zu verhindern, aber auch um den zukünftigen berufsständischen Aufbau vorzubereiten. Wenn wir uns mit dem ADGB. geeinigt haben werden, dann wird überall sofort wieder die Ordnung hergestellt sein. Es ist noch nicht überall abgebremst worden, weil unsere Leute noch aktiv sein müssen.

Leipart: Wie wollen Sie die Führung übernehmen? Wollen Sie einfach einen Unbekannten von oben her einsetzen? Glauben Sie, daß die organisierte Arbeiterschaft sich das so einfach gefallen läßt? Wir haben alle als Beitragskassierer und Zeitungsverteiler jahrelang ehrenamtlich Funktionen ausgeübt, uns langsam hinaufgearbeitet und in schweren Kämpfen bewähren müssen. Wir werden von unseren Mitgliedern von Tagung zu Tagung gewählt.

Brucker: Was? Die Führer der Gewerkschaften wählen? Nein! Massenwahl ist Augenblickssache. Der Führer muß bestimmt werden. Die seitherigen Führer können in den Gewerkschaften auch durchaus weiterhin Führer sein. Wer tüchtig ist, wird von uns gebraucht. Z. B. beim Krankenkassenverband mußte ich allen kündigen, aber nicht alle werden entlassen werden. Ich brauche sie ja, um den Betrieb aufrecht erhalten zu können. Daß die Gewerkschaftsführer aus den Gewerkschaften und aus demselben Beruf kommen müssen, erkennen wir nicht an. Vorsitzender einer Gewerkschaft kann beispielsweise auch ein Arzt sein. Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern gibt es für die Zukunft nicht mehr. Tarifverträge: nein! Tarife: ja! Der Staat regelt zukünftig Lohn und Preis.

Leipart: Wenn die Gewerkschaften die Löhne und Lebensbedingungen nicht mehr regulieren werden, dann haben sie ihre wichtigste Funktion verloren. Sie sagen, daß die derzeitigen Gewerkschaften verschwinden müßten, weil sie die Erwartungen nicht erfüllt und nichts geleistet hätten. Wissen Sie, wie es vor 50 Jahren ausgesehen hat? Wissen Sie, daß die Arbeiter 14 Stunden schufteten, keine Ferien, kaum einen Sonntag hatten? Wissen Sie, daß ihre Löhne schlecht, daß sie in Elendshütten hausten, von den Kulturgütern überhaupt ausgeschlossen waren? Da kamen wir und haben die Arbeiter herausgehoben zu dem, was sie heute bedeuten.

Graßmann: Wir haben zu einer Zeit gekämpft, wo es nicht ungefährlich war, für die Interessen der Arbeiter einzutreten. Der Arbeiterführer muß aus der gleichen sozialen Schicht kommen, wenn er verstanden sein will. Wir haben die gleiche Kinderstube und empfinden den gleichen Druck. Wenn auch der Arbeiter einmal auf den Führer schimpft, er weiß, daß es sein Mann ist, der zu ihm redet, der letztlich doch das Richtige geraten hat.

Fikenscher (NSBO): In unseren Betriebszellen sind alle Beschäftigten gleichberechtigt und gleichverpflichtet: der Redakteur, der Ingenieur und der Arzt neben dem Arbeiter.

Eggert: Wir sprechen in unseren Gewerkschaften unsere eigene Sprache, die uns mit den Arbeitern denken und fühlen läßt. Wenn sie von außen her an den Arbeiter herangehen wollen, dann werden sie ihn innerlich nie erfassen können. Der Stamm der geschulten Arbeiter wird immer zu uns stehen.

Leuschner: An Ihrem Vorschlag interessiert uns die Einheitsgewerkschaft und Ihre Erklärung, die Gewerkschaften nicht zerschlagen zu wollen. Ob daraus etwas wird, hängt davon ab, ob Sie großzügig sein werden. Jede Unduldsamkeit und jeder Zwang müßte das Gegenteil erreichen. Wir haben die kommunistischen Betriebszellen als Gewerkschaftsschädlinge bekämpft und waren verpflichtet, die nationalsozialistischen Betriebszellen nicht anders zu behandeln. Die Mitglieder Ihrer NSBO. sind zum Teil noch unsere Mitglieder.

*

Nach weiteren kurzen Erklärungen Leiparts und Bruckers wurde die Besprechung abgebrochen. Weitere Verhandlungen waren auch zwecklos, denn schließlich war es die brutale Gewalt, die entschied ...

Volksverräter oder Volksheld?

Die in Bayreuth erscheinende „Bayrische Ortswacht" bringt aus dem Orte Beidl folgende Korrespondenz:

Ein Volksverräter!

Unglaublich ist's, jedoch leider zu wahr, daß der Gütler und Zimmermann Gerber, aus Leichau, des Volksverrats sich selber angeklagt. Er erklärte öffentlich: Er habe sich in der Wahlliste mit einem „Nein"! eingezeichnet; angeblich, weil er sich einfach nicht umstellen könne. Vielleicht erkundigt sich einmal ein ausländischer Korrespondent darnach, wie es dem tollkühnen Zimmermann Gerber aus Beidl weiter gegangen ist. Wir wissen nicht, welcher Partei er angehört und fragen auch nicht darnach. Schmutzige Schreiber nennen ihn einen Volksverräter. Die Geschichte wird ihn einen Helden nennen, der die Ehre des Volkes retten half.

Lehmanns Urgroßvater

Ein Feuilleton der „Gazetta Del Popolo".

Die Italiener tun dem Völkerbund an, was sie Hitler von den Augen absehen können — aber vor dem Rassefimmel der deutschen Erneuerer macht ihr faschistisches Solidaritätsgefühl halt. Die „Gazetta Del Popolo", Mussolinis Leibblatt, veröffentlicht in seinem Feuilleton folgende dramatische Szene:

Die Bierstube, in der wir uns befinden, hat an diesem Abend mehr Gäste als während der ganzen übrigen Woche. Als ich eintrete, finde ich Herrn Dr. Lehmann schlecht gelaunt vor einem Schoppen Dortmunder und einem Paar Würstchen mit Kartoffelsalat am Tische sitzen. Kurz darauf kommt Schulze mit einem gelben Paket unter dem Arm. Er bestellt sein Abendessen, nimmt seine Brille ab und beginnt, sie sehr sorgfältig zu putzen. Auch er sieht verstimmt aus. Lehmann sagt:

„Heute ist mir eine nette Geschichte passiert. Stellen Sie sich vor — ich habe entdeckt, daß mein Urgroßvater väterlicherseits Jude war."

„Waas?"

„Es ist nicht daran zu zweifeln, die Dokumente sind vorhanden. Ein hundertprozentiger Jude. Ich, der ich meinen Antisemitismus so laut proklamiert habe... Da bin ich schön hereingefallen! Was soll ich jetzt machen?"

„Aber ganz einfach . . . etwas weniger Lärm!" antwortete ich ihm sanft.

„Ach, diese Italiener!" fährt Schulze auf, ein gläubiger Nazi, der seinem Freund zu Hilfe eilt... „Versuchen Sie doch, ihnen das Rasseproblem zu erklären!"

Jetzt bin ich an der Reihe:

„Die Rasse", sage ich, „interessiert uns Italiener nur sehr schwach. Was bei uns zählt, ist das Volk, aus dem wir nun endlich eine Nation gemacht haben. Die Körpermaße der zwanzig oder dreißig Rassen, die wahrscheinlich die ethnische Zusammensetzung des italienischen Volkes bilden, vielleicht auch die des Ihren . . ."

„Was, waas!?" heulen zu gleicher Zeit Schulze und Lehmann.

„... interessieren mich nicht im geringsten. Langschädel oder Rundschädel, Etrusker oder Lateiner, Kelten oder Dinarier bilden bei uns einen einzigen geschlossenen und mächtigen Granitblock, ein einziges Volk, eine einzige Nation: Italien! Hut ab!"

„Sie sprechen nicht im Ernst", unterbricht Schulze, wenn Sie behaupten, das deutsche Volk sei keine einzige, einheitliche, bestimmbare und leicht erkennbare Rasse, eine Rasse..."

„Daß ich nicht lache!" schrie ich ihn an, „daß ich nicht lache über so viel Dummheit! Die deutsche Rasse eine einheitliche Rasse! ... Das ist ja kindisch. Wenn es nicht einmal eine israelitische Rasse gibt!"

„Wie sagen Sie?... Die Juden?"

„Die Juden sind ein Volk, das aus mindestens zwei Rassen gebildet ist, den Sefardim und den Askenazi, aus zwei Rassen, welche sich ihrerseits so vermischt haben..."

„Aber immerhin so erkennbar, so einheitlich..."

„Durchaus nicht einheitlich. Bei den Sefardim, die aus dem Süden kommen, finden Sie verschiedene Mischungen, orientalische, chamitische und selbst nordische..."

„Nordische! Bei den Juden? Sie phantasieren ja!"

„Sie selbst phantasieren! Sie, der..."

In diesem Augenblick einigen wir uns alle darauf, noch eine Halbe zu bestellen.

„Auf Ihr Wohl!"...

„Prosit, Herr Doktor!"

Schulze, der bei alledem ein guter Junge ist, öffnet jetzt das geheimnisvolle gelbe Paket, das eine Abhandlung über europäische Anthropologie von Günther enthält.

Zwischen anderen Photographien sehe ich ein Bild von Puccini, der als mittelländischer Mensch mit ganz kleinem dinarischen und nordischen Einschlag klassifiziert ist. (Der Verfasser setzt hinter diese Behauptung immerhin ein Fragezeichen.)

„An Hand eines solchen Steckbriefformulars über Schädel- und Backenknochen, Knopf- und Adlernasen, annektieren Sie mit der größten Dreistigkeit — Seite 261 — Galilei, Lionardo, Tizian und Savonarola als nordische Menschen. Behalten Sie Savonarola, wenn Sie auf seine Reformideen Wert legen, aber von den anderen — Finger weg!"

„Also, Sie leugnen die Idee der Rasse, den Begriff..."

„Ich leugne überhaupt nichts. Das ist ein sehr respektabler, vielleicht ein nützlicher Begriff, aber man darf nicht vergessen: der Bergbewohner aus dem Tal von Aosta, der keltischer Rasse ist, und der sizilianische Bauer, der vielleicht normannisches Blut hat, haben gemeinsam — die Nation, das heißt, die Sprache, die Gebräuche, die Tradition. Beides sind hundertprozentige Italiener. Ich leugne nicht, daß Ihnen dieser Rassebegriff bei ihrer nationalen Einigung nützlich ist, aber glauben Sie mir, gewisse Uebertreibungen, z. B. die Verfügungen des Innenministers Frick über die Schulbücher, können Ihnen nur schaden!"

„Welche Uebertreibungen?"

„Etwa die Behauptung, daß der größte Teil der italienischen Bevölkerung Abkömmlinge orientalischer Sklaven seien. Beurteilen Sie selbst, ob solche Einfälle dazu beitragen, die Freundschaftsbande zwischen Deutschland und Italien zu festigen. Aber Schluß damit! Beenden wir die Diskussion, ehe uns die Lust ankommt, uns die Biergläser an den Kopf zu werfen, anstatt das ausgezeichnete Dortmunder daraus zu trinken. —

Nordischer Langschädel, Prosit, auf Ihr Wohl!"

SA, SS, Indianer, Tiere usw.

Aus einem Inserat in der „Süddeutschen Sonntagspost" Nr. 45:

... Mit unseren Gießformen kann sich jeder seine Bleisoldaten, SA- und SS-Männer, Indianer, Tiere usw. selbst gießen ...

Indianer und Tiere würden sich, wenn sie von dem Angebot erführen, mit Recht gegen diese Nachbarschaft wehren.

Sozialismus ist Kapitalismus

Nationalsozialistische Wirtschaftstheorien

Die Nationalsozialisten versuchen jetzt, ihren politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen auch eine theoretische Grundlage zu geben. Kürzlich hat der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der Reichsleitung der NSDAP., Bernhard Köhler, einen Vortrag über die Stellung des Nationalsozialismus zur Wirtschaft in Frankfurt a. M. gehalten. Der Vortrag wird jetzt in der gleichgeschalteten Gewerkschaftspresse auszugsweise veröffentlicht, und er ist auch als Broschüre unter dem Titel „Das Dritte Reich und der Kapitalismus" erschienen. Die Schrift, die in einer Massenauflage verbreitet wird, gilt als grundlegende Veröffentlichung über die wirtschaftspolitischen Auffassungen des Nationalsozialismus, und sie gewährt auch tatsächlich einen tiefen Einblick in die nationalsozialistischen Vorstellungen über Wirtschaftsführung.

In der Broschüre wendet sich Köhler zunächst an die Arbeitgeber und beginnt mit der Feststellung:

„Das deutsche Volk ist das erste Volk auf der Erde, das sich zum Sozialismus durchgerungen und bekannt hat, zu einem Sozialismus ohne Einschränkung, zu einem Sozialismus von grundlegender Bedeutung und Kraft."

Nach dieser Behauptung setzt Köhler den Arbeitgebern auseinander, daß der Sozialismus der Nationalsozialisten aber auf keinen Fall etwas zu tun hat mit den bisherigen landläufigen Vorstellungen vom Sozialismus. Vor allem zerstört er etwaige Befürchtungen der Arbeitgeber:

„Sie haben gefragt: wird es mir denn möglich sein, meine Wirtschaft nach den Grundsätzen, die bis jetzt gegolten haben, weiterzuführen, bleiben meine Forderungen bestehen, werde ich das Recht haben, meine Forderungen geltend zu machen? Das war ja ihre erste Sorge, ob die Nationalsozialisten nicht doch so ein bißchen enteignen und verstaatlichen würden."

Diese Sorge beseitigt Köhler gründlich:

„Zuerst muß das Recht gesichert sein, ehe Wirtschaft getrieben werden kann, wir werden es deshalb nicht dulden, daß durch dialektische Versuche das Eigentum als eine Sünde und als Diebstahl hingestellt wird. Wir sind längst über den jüdischen Dreh hinaus, der versucht hat, schon vor 2000 Jahren das Eigentum als einen Diebstahl an der Allgemeinheit zu bezeichnen."

Für die Besitzenden ist damit noch einmal unterstrichen, was sie durch die bisherige Praxis der Nationalsozialisten schon erfahren haben: Ihre wirtschaftliche Machtstellung wird durch den Nationalsozialismus nicht gefährdet werden! Für den denkenden Menschen bleibt dann freilich die Frage, mit welchem Recht die Nationalsozialisten diese Wirtschaftspolitik als „Sozialismus" bezeichnen. Köhler geht auch auf diese Frage ein, und er setzt nun seinen Lesern auseinander, daß sie bisher den Kampf für den Sozialismus völlig falsch verstanden haben. Der Kampf um den Sozialismus richte sich nicht gegen Eigentum und Unternehmerschaft:

„Sie haben sich einreden lassen, daß sie ihr Eigentum und ihr Recht auf Eigentum gegen den Sozialismus verteidigen müßten. Aber in diesen Dingen besteht der Kapitalismus nicht. Kapitalismus bedeutet nicht, daß es ein Kapital gibt, daß mit Kapital gerechnet wird, daß die Grundsätze beachtet werden müssen, die aus der Tatsache Kapital für die Wirtschaftsrechnung sich ergeben. Das ist nur die selbstverständliche und nüchterne Wirtschaftsrechnung. Hier ist ein Kapital im Geschäft und der Wert dieses Kapitals muß richtig eingesetzt werden und zur Auswirkung gelangen."

So beweist Köhler den Unternehmern, daß sie gar keine Kapitalisten sind, und daß sich daher der sozialistische Kampf der Nationalsozialisten niemals gegen sie wenden könne. Für ihn bedeutet Sozialismus die Sicherung des Eigentumsanspruches der Unternehmer. Selbstverständlich sollen „gewisse Auswüchse" beseitigt werden, z. B. sollen in Zukunft die Unternehmer davor geschützt werden, daß ihnen von ihrem Vermögen etwas verloren geht:

„Wir sind oft und entschieden für das Recht des Unternehmers eingetreten. Und zwar gerade deshalb, meine Volksgenossen, weil wir Sozialisten sind."

Nach dieser gründlichen und eindeutigen Beruhigung der Unternehmer vor „sozialistischen Experimenten" bleibt für Köhler die Aufgabe übrig, auseinanderzusetzen, wie der Sozialismus der Nationalsozialisten vom Standpunkt der Arbeiter aussieht, wie die Nationalsozialisten es fertig bringen wollen, die Forderungen der Arbeiter nach menschenwürdigen Lebensbedingungen und nach Arbeit zu erfüllen, wenn sie den Unternehmern die völlige Freiheit ihres Wirkens als Sozialismus garantieren.

Auch damit wird Köhler fertig. Auf den letzten fünf Seiten der dreißigseitigen Broschüre beschäftigt er sich mit dem Sozialismus der Arbeiter. Zunächst stellt er fest:

„Der Sozialismus besteht nicht einzig und allein in der Lösung der Arbeiterfrage, die seit mehr als einem Jahrhundert lebendig ist."

Die Arbeiterfrage besteht aber für Köhler nicht in dem Verlangen der Arbeiter nach Existenzsicherheit und nach menschenwürdigen Lebensbedingungen. Nach seiner Meinung handelt es sich im Kampf der Arbeiter nicht um Wohlleben oder Einschränkung, um großen oder geringen Verdienst, sondern es handelt sich um den Anspruch auf gleiche Ehre, gleiches sittliches Recht und gleichen Wert für die Volksgemeinschaft.

„Daß der eine viel verdient und der andere wenig, daß kann ertragen werden. Nicht das kann den Arbeiter zum Feind der anderen Volksgenossen machen, daß er härter arbeiten muß als ein anderer, auch nicht die Tatsache, daß der Sohn des einen schon mit einem Eigentum anfangen kann, während der Sohn des anderen von Grund auf anfangen muß, sondern das Gefühl, daß er ausgeschlossen sein soll, muß ihn zum Feinde derer machen, die bevorzugt sind. Dies ist die Sünde des Kapitalismus, daß er deutsche Volksgenossen zu Feinden anderer Volksgenossen, daß er deutsche Volksgenossen zu heimatlosen Proletariern im deutschen Vaterland gemacht hat, daß er sie entwurzelt hat, so daß sie nicht mehr wissen, was Arbeit heißt."

Die Ausführungen Köhlers sind sozusagen die theoretische Begründung des Diktats, mit dem Hitler die Revolution abgeblasen hat. Die deutschen Arbeiter sind — freilich, ohne daß sie es merken — bereits vom Kapitalismus befreit, für sie besteht der Sozialismus der Nazis darin, daß sie jetzt das Recht haben sollen, sich nur von deutschen Unternehmern ausbeuten oder aushungern zu lassen.

Sozialpolitik im Dritten Reich

Schiebermethoden der Deutschen Arbeitsfront

Eine Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung ist vor kurzem vom Landesarbeitsgericht Frankfurt a. M. gefällt worden: Ein Gewerkschaftssekretär in Frankfurt klagte gegen den Deutschen Arbeiterverband der öffentlichen Betriebe in Berlin, weil er am 29. Juni fristlos gekündigt wurde. Kläger hat zwei Monate nach Uebernahme des Verbandes durch die NSBO. unter der neuen Leitung ohne Beanstandung gearbeitet und ist dann vom Deutschen Arbeiterverband, dem Nachfolger des „Gesamtverbandes" grundlos entlassen worden. Gegenstand der Klage ist die Gehaltszahlung während der Kündigungsfrist. In erster Instanz wurde die Klage vom Arbeitsgericht Frankfurt a. M. abgelehnt. Auch die Berufungsinstanz hat sich am 12. Oktober dieses Urteil zu eigen gemacht (Landesarbeitsgericht Frankfurt 6. 1. S. 67/33 4. A.C. 543/33).

Interessant sind die Gründe der Ablehnung. Die Erklärungen der NSBO.-Leitung seien für die Deutsche Arbeitsfront und damit auch für den beklagten Verband unverbindlich, da sie nicht Rechtsnachfolger des ehemaligen „Gesamtverbandes" sei. Die weitere Begründung muß man im Wortlaut genießen:

„Der Zweck des Gesamtverbandes war seiner geschichtlichen Entstehung nach auf der marxistischen Klassenkampftheorie aufgebaut und erschöpfte sich in der Wahrung der Interessen seiner Mitglieder zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen gegenüber anderen Berufsverbänden und gegenüber dem Unternehmer. Zu seiner Hauptaufgabe gehörte der Abschluß von Tarifverträgen. Der beklagte Verband dagegen gliedert sich in die gesamte Deutsche Arbeitsfront ein, die neben der Angestelltensäule die Säule der Unternehmer mit umfaßt und ein organisches Glied im ständischen Aufbau ist. Er strebt nach einer innungsähnlichen Zusammenfassung sämtlicher Arbeitskräfte des gleichen Wirtschaftsstandes und damit nach einer öffentlich-rechtlichen Korporation hin. Der Abschluß von Tarifverträgen ist nicht seine Sache, sondern Sache der Treuhänder der Arbeit".

Wohl seien der Mitgliederbestand, die äußere Organisation und die Einrichtung des Gesamtverbandes praktisch in den beklagten Verband aufgegangen, dem Wesen nach sei aber ein „neues Rechtssubjekt" geschaffen worden. Auch eine vermögensrechtliche Nachfolge liege nicht vor, da die Beschlagnahme des Vermögens der Freien Gewerkschaften nur zu Sicherungszwecken erfolgte, und dieses Vermögen jetzt von der Deutschen Arbeitsfront als „Treuhänder" verwaltet werde, der dem Staat gegenüber verantwortlich sei.

Es ergibt sich demnach folgende Sachlage: Mitgliederbestand, Organisation und Einrichtung des aufgelösten Verbandes werden zwar in den neuen Verband übergeführt, dieser aber erklärt, er sei etwas „völlig Neues", und lehnt die Uebernahme der gesetzlichen Verpflichtungen gegenüber den entlassenen Angestellten ab. Auch das gestohlene Vermögen des alten Verbandes wird als „Staatsvermögen" getarnt, um es vor jedem Zugriff zu sichern. Das sind Praktiken, die nur in den raffiniertesten Schieberprozessen angewandt werden, hier aber vom Landesarbeitsgericht selbst, das sich zum Sachwalter der Schiebung gemacht hat, als Recht erklärt werden.

Darüber hinaus ist die Feststellung des Gerichtes von Bedeutung, daß die Freien Gewerkschaften, aufgebaut auf der marxistischen Klassenkampftheorie, für „bessere Arbeitsbedingungen" ihrer Mitglieder gegen die Unternehmer kämpften, während die Verbände der Deutschen Arbeitsfront gemeinsam mit den Unternehmern nur eine „innungsähnliche Zusammenfassung sämtlicher Arbeitskräfte" anstreben, d. h. praktisch vor den Unternehmern kapitulieren. Diese Feststellung muß man sich merken.

Göbbels Millionen

Steuergelder für Propaganda.

Deutschland ist bettelarm. Es kann seine Zinsen an das Ausland nicht bezahlen, seine Arbeitslosen müssen hungern, da die Gelder für eine ausreichende Unterstützung nicht mehr aufgebracht werden können.

Trotzdem ist Geld genug vorhanden, allerdings für ganz andere Zwecke. Früher hat die Luftflotte Deutschland 40 Millionen gekostet. In diesem Jahr werden 70 Millionen dafür ausgegeben.

Noch mehr Geld aber ist vorhanden für die Propaganda. Aus allen Teilen der Welt kommen Nachrichten, daß die deutschen Agenten fieberhaft tätig sind, daß sie Zeitungen ankaufen und bestechen, daß sie in jeder Weise mit Geld um sich werfen. Das alles sind Mittel, die die deutschen Steuerzahler aufgebracht haben und die dem Propagandaminister Göbbels zur Verfügung gestellt worden sind.

Um welche Summen es sich dabei handelt, läßt sich annähernd, wenn auch nicht vollständig aus dem Reichsetat für 1933 ersehen. Für die Inlandspropaganda sind danach 2,300.000 Mark zur Verfügung gestellt. Bisher hat es einen solchen Etat überhaupt nicht gegeben. Und man erinnere sich, welche wüste Verleumdungskampagne gerade Herr Göbbels gegen die preußische Regierung inszenierte, als sie im Jahre 1932 für die Reichspräsidentenwahl Steuermittel zur Verfügung stellte.

Für die Förderung des Nachrichtenwesens enthält der Reichsetat für 1933 den Betrag von 7 Millionen. In früheren Jahren ist man mit einer Summe von 1.9 Millionen ausgekommen.

Die wichtigsten Einnahmequellen des Herrn Göbbels aber müssen die Rundfunkhörer beschaffen. Sie verlangen seit Jahr und Tag eine Ermäßigung der überhöhten Gebühren. Früher waren es die Nazis, die am meisten geschimpft haben, daß die Post durch die Benützung des Rundfunk Ueberschüsse erzielt. Seitdem Herr Göbbels an der Macht ist, ist diese Kritik vollkommen verstummt. Die Ueberschüsse aus dem Rundfunk fließen jetzt nämlich dem Propaganda-Ministerium zu. Nach dem Reichsetat sind das 10.6 Millionen Mark. Das ist aber nicht im entferntesten der wirkliche Ueberschuß. Bei einer Hörerzahl von 4.5 Millionen Hörern und einer Gebühr von 24 Mark jährlich beträgt die Gesamteinnahme des Rundfunks 108 Millionen Mark. Davon verbleiben dem Rundfunk 55 Proz. und der Reichspost 45 Prozent, das sind 48.6 Millionen Mark. Mehr als die Hälfte dieses Betrages ist tatsächlich Ueberschuß. Diese Summe, und nicht 10.6 Millionen geht an Göbbels.

Insgesamt stehen also Herrn Göbbels für Propagandazwecke mindestens 35 Millionen zur Verfügung, wahrscheinlich aber noch viel mehr!

So leben sie . . .

Wer die Volksreden der deutschen Regierungshäuptlinge hört oder liest, muß annehmen, diese treusorgenden Väter der Armen seien im Privatleben anspruchslos und bescheiden wie die alten Spartaner am Eintopfsonntag. Und der „Berliner Herold", der gern ein bißchen schwätzt, bestätigt das denn auch:

„Am Sonntag hatte der Vizekanzler von Papen seinen 56. Geburtstag . . . Er ging also am Sonnabend mit den Seinen zu Max Hansen ins „Bezaubernde Fräulein", wo er herzlich lachte und hinterher ging man auf einen Ball. Der Vizekanzler, der ein begeisterter Sportsmann ist, erschien mit den Seinen knapp vor Mitternacht auf dem großen Ball des Tennisclubs „Blauweiß" im Esplanade. Da die Zeitungen schon am Tage vorher die Tatsache seines Geburtstags ausgeplaudert hatten, sprach sich seine Anwesenheit schnell herum, punkt zwölf Uhr schmetterte die Kapelle einen Tusch, aus allen Sälen des Esplanade brach aus tausend Kehlen ein donnerndes Hoch aus. Als erster gratulierte von Papens Kollege aus dem Kabinett, der Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt . . . Ehrenpräsident des Klubs „Blauweiß" ist Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg. Eine vornehme Geselligkeit herrschte an diesem Abend . . . Unter den Anwesenden sah man auch den Polizeigeneral Daluege, der Chef der Geheimen Staatspolizei Dr. Diehls, in der Stahlhelmuniform Prinz Eitel Friedrich, in der SS-Uniform seinen Neffen, den Prinzen Wilhelm von Braunschweig."

Im „Esplanade" zu Berlin pflegt man gewöhnlich Wassersuppe zu essen. Trotzdem soll es nicht nur Herrn von Papen, sondern auch dem Polizeigeneral Daluege und dem Chef der Geheimen Staatspolizei Dr. Diehls ausgezeichnet geschmeckt haben. Warum auch nicht? Was sollte ihnen den Appetit verderben? Blut sehen sie alle Tage, daran haben sie sich gewöhnt, und in die Klänge der schmissigen Tanzmusik mischten sich nicht die Schreie der — unter ihrem Kommando — Gefolterten. „Stark im Ertragen alle Opfer" — so will Hitler den deutschen Mann. Und so ertragen sie denn ihre Opfer mit größtem Gleichmut.

Lohn für jüdische Hitlerwähler

Die „Reichsvertretung deutscher Juden", der „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" und der „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten" hatten bekanntlich an die deutschen Juden die Parole ausgegeben, am 12. November für die Regierung Hitlers zu stimmen. Wir wollen glauben, daß es sich um eine mit vorgehaltenem Revolver erzwungene Infamie handelt. Sie findet ihresgleichen nur in der Bestialität, daß eine Mutter gezwungen wird, bei der Tötung ihrer Kinder Hilfsdienste zu leisten!

Am 9. November gab das Presseamt des Polizeipräsidiums Dortmund bekannt, daß „künftig alle Personen, die mit Juden verkehren, verhaftet werden, damit sie sich über die Schwere des Vergehens Rechenschaft geben können".

— und sofern es Herrn Hitler gefallen wird, noch einmal ein derartiges „Plebiszit" zu veranstalten, werden die deutschen Juden wieder aufgefordert werden, für ihren Henker zu stimmen!

Der heidnische Kalender

„Gottlosenbewegung" von rechts!

Der Krach unter den Christen des Dritten Reiches geht unentwegt und sozusagen logisch weiter. Die Radikalsten der neuen „Deutschen Christen" nähern sich bereits den Art- und Wotanschristen (Arbeitsgemeinschaft der deutschen Glaubensbewegung) und ihr Berliner Teil fordert von der Kirche unbarmherzige Anwendung des Arierparagraphen,

Ausmerzung des Kruzifixes,

des gesamten Alten Testaments und der „abergläubischen Teile" des Neuen Testaments. Der nordische Geist müsse siegen über orientalischen Materialismus.

Etwa 3000 evangelische Pfarrer haben bereits mit großer Entrüstung gegen dieses Eindringen des Heidentums in die christliche Gemeinschaft von der Kanzel aus protestiert und ihrer Ehrfurcht vor dem Alten und Neuen Testament Ausdruck gegeben. Diese Bibeltreue der evangelischen Kirche hat dagegen die Studentenschaft von Kiel nicht abgehalten, einen Vortrag des nationalsozialistischen Rassentheoretikers Dr. Wilhelm Stapel abzulehnen, der sich mit dem Thema „Christentum und Deutschtum" beschäftigen und die Vereinbarkeit der beiden Begriffe dartun wollte. Die Hakenkreuzjüngelchen und mit ihnen einige Dozenten stellten sich auf den Standpunkt, daß die beiden Faktoren nicht vereinbar seien und brachen so eine Lanze für den Wotansglauben. In der Studentenversammlung stellte ein Redner fest,

daß Christus, wenn er heute noch lebte, nicht einmal als Pastor amtieren könnte.

Da auch die Nazibehörden dem Drängen der akademischen Säuglinge nachgaben, wurde der Vortrag verboten. In verschiedenen Städten Deutschlands darf also schon nicht mehr über das Christentum geredet werden.

Für die Wotanschristen setzt sich auch die vom Reichsjugendführer herausgegebene Zeitschrift „Der Deutsche Sturmtrupp" ein. Sie beruft sich dabei auf Hitlers Rede zum Nürnberger Parteitag. Das katholische Kirchenblatt für das Bistum Berlin riskiert deshalb eine scharfe Lippe, nennt diese Bewegung

„Neuheidentum in der Form eines vollendeten Atheismus".

Im Interesse der katholischen Jugend, die auch dem Reichsführer Baldur von Schirach unterstellt sei, müsse gefragt werden, „ob die verantwortlichen Leiter des Staates diese Werbetätigkeit für die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Glaubensbewegung unter der deutschen Jugend billigen". Noch schärfer wendet sich das katholische Blatt gegen den im Verlag der Deutschen Arbeitsfront erschienenen „Kalender der deutschen Arbeiter" und klagt:

> Die Auflage dieses Kalenders beträgt vier Millionen Stück. Da der Kalender demnach an die Türen der katholischen Arbeiterwohnungen kommen wird, muß es erlaubt sein, vom katholischen Standpunkt aus freimütig Stellung zu nehmen. Das Kalendarium weist eine Besonderheit auf, an der man nicht achtlos vorübergehen kann. Den Kalendertagen sind nicht mehr, wie es christlicher Ueberlieferung entspricht, die Gedenknamen des christlichen Kalenders beigefügt, sondern teils die Namen der Männer, die im Kampfe für die nationalsozialistische Bewegung gefallen sind, teils altgermanische Namen. Man hat den alten christlicher Tradition entsprechenden, seit Jahrhunderten allgemein gebräuchlichen Heiligenkalender weggelassen und an seine Stelle die Märtyrer der nationalsozialistischen Bewegung sowie altgermanische Namen gesetzt.

Diese Konkurrenz, die anerkannte Heilige jetzt mit verdächtigen Individuen von Horst Wessel bis zu den erprobtesten Fememördern aufnehmen müssen, wird auch die evangelische Kirche nicht kalt lassen können. Zumal der Kalender vor dem in allen offiziellen Geschichtsbüchern als christlichen Vorkämpfer gefeierten Karl dem Großen nicht Halt macht. Da wird über die Bekehrung der deutschen Stämme zum Christentum verlautbart:

> **„Karl der Große sieht seine Aufgabe darin, Germanien zu dem neuen Glauben zu bekehren. Mit Feuer und Schwert, Folterung und Todesstrafe, Zertrümmerung und Verschleppung der Heiligtümer wird der alte Glaube, das Erbe der Väter, ausgerottet. Karl aber wird vom Papst aus Dankbarkeit für seine überzeugenden Leistungen' in Rom zum Kaiser gekrönt."**

Wer zu Wotan zurück will, darf den Vernichter der wotansgläubigen Sachsen nicht schonen, so daß also im Dritten Reich die Kirchenväter alle Hände voll zu tun haben, um die bisher gültige Kirchengeschichte vor altbarbarischer Gleichschaltung zu bewahren.

Wenn das genannte katholische Kirchenblatt zu diesem Wirrwarr sagt, der Gottlosenrummel gehe „an die Fundamente jeglichen Christentums wie die Gottlosenbewegung", so irrt es allerdings nicht wenig. Die Freidenker aller Richtungen fordern eine auf praktische Menschenliebe gegründete Menschheitsgemeinschaft, gehen also auf die Wurzeln des Urchristentums zurück. Die höchsten Gebote des christlichen Religionsstifters sind auf ihrer Seite, während die neuen deutschen Art- und Wotanschristen einen Mordkult predigen, eine Schwertreligion fordern, die im schärfsten Gegensatz zu allen christlichen Geboten steht. Mag sich die christliche Kirche bei jenem Pfaffentum bedanken, das diese Bewegung mit großgepäppelt hat!

Welche Wendung durch große Schiebung!

Deutsche Männer unter sich — oder an ihren Worten sollt ihr sie erkennen

Wie nicht anders zu erwarten war, hallen jetzt die treudeutschen Lande wider von Lob- und Preisgesängen auf „den herrlichen Sieg des Führers", der an solcher Front den „Gegner niedergeritten und niedergezwungen hat"! An der Volks-Front! (Denn ohne „Front" tut man's ja heute nicht mehr in Deutschland.)

Auch der „getreue Ekkehard des deutschen Volkes", Hindenburg, hat diesmal gesagt, was er der Stunde schuldet. Ueber alle deutschen Sender hat er seinen Kanzler gelobt. Es waren wieder einmal goldene Hindenburg-Worte, die den bisherigen anzureihen sind:

„Ich schwöre, daß ich ... die Verfassung und die Gesetze des Reiches wahre, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde."

„... und darauf habe ich mich durch mein feierliches Manneswort soeben verpflichtet."

> Reichspräsident von Hindenburg im Mai 1925 bei seiner Vereidigung und in seiner Ansprache an den Reichstagspräsidenten Löbe.

„Die sogenannte nationale Opposition, die vorgibt ..."

> Hindenburg bei seinem Rundfunk-Appell an das deutsche Volk vor der Präsidentschaftswahl im März 1932.

„Heute regieren nicht Lümmel, sondern Männer!"

> Reichspräsident von Hindenburg, Februar 1932, als bei seinem Besuch in Ost-Preußen SA-Leute demonstrierten.

„Die Treue ist das Mark der Ehre!"

> Hindenburgs Mahnspruch für die Präsidentenwahl 1932.

„Höchstens Postminister könnte er werden, der böhmische Gefreite ..."

> Hindenburg nach dem Empfang Hitlers im August 1932.

„Dank der mutigen, zielbewußten und kraftvollen Führung des am 30. Januar von mir berufenen Reichskanzlers Hitler und seiner Mitarbeiter hat Deutschland sich selbst wiedergefunden und die Kraft gewonnen, den Weg zu beschreiten, den ihm seine nationale Ehre und seine Zukunft vorschreiben."

> Hindenburg in seiner Rundfunkrede am 11. November 1933.

Es wäre eine unerhörte Zumutung für einen deutschen Ehrenmann von der Art Papens (der doch bekanntlich den Ehrbegriff für das deutsche Volk erst wiederentdeckt hat) gewesen, daß er vor dem Retter der deutschen Ehre nicht auch seine Stimme erheben soll. Ja, ein Jahr vermag sehr viel zu ändern, es vermochte aus einem öffentlich der Lüge und Unwahrhaftigkeit geziehenen „Kameraden der Potempa-Mörder" eine für die deutsche Walhalla reife Heldengestalt zu machen. Geben wir Papen selbst das Wort:

„Die Reichsregierung stellt in aller Oeffentlichkeit fest, daß Herr Hitler unwahre Behauptungen erhoben hat, die geeignet sind, das Bild der deutschen Außenpolitik zu verfälschen und damit die Interessen des deutschen Volkes auf das schwerste zu schädigen. Das Urteil über das Verhalten des Herrn Hitler überläßt die Regierung dem deutschen Volke."

> Amtliche Erklärung des Kabinetts Papen vom 21. Oktober 1932.

Papen und Konsorten haben es nicht dem deutschen Volke überlassen, sondern haben das deutsche Volk diesem Hitler überlassen, der es am 12. Oktober mit vorgehaltenem Revolver und mit allen raffinierten Erpresser-Methoden an die Wahlurne getrieben hat. Dafür sprach zu Hitler sein Papen:

„In neun Monaten ist es dem Genie Ihrer Führung und den Idealen, die Sie neu vor uns aufrichteten, gelungen, aus einem innerlich zerrissenen und hoffnungslosen Volk ein in Hoffnung und Glauben an seine Zukunft geeintes Reich zu schaffen. Auch die, die bisher noch abseits standen, haben sich nun eindeutig zu Ihnen bekannt. In diesem Sinne ist das Kabinett glücklich, in einer solchen Stunde unter Ihrer Führung für Deutschland arbeiten zu dürfen."

> Vizekanzler von Papen, in seiner Ansprache an Hitler zu Beginn der Kabinetts-Sitzung am 13. November 1933.

Es ist selbstverständlich, daß in einem Kreis solcher Edelinge auch ein Ley nicht fehlen darf. Damit der Humor in dieser deutschen Tragikomödie voll zu seinem Rechte kommt, hat der „Führer der deutschen Arbeits-Front" am Tage nach der Wahl eine Kundgebung an „seine Arbeiter" erlassen, in der er sich folgenden Satz leistete:

„Ihr habt immer Adolf Hitler die Jahre Eurer marxistischen Verirrung abbitten wollen, habt Dank für Eure Anständigkeit!"

Wie huldreich ist doch ER, der Führer, daß er dieser Abbitte auch Gehör geschenkt hat!

Waldemar Grimm.

Neu-Byzanz!

„Die ich rief, die Geister ..."

Herr Wilhelm Stapel, einer der eifrigsten Propheten des Dritten Reiches, wettert im „Deutschen Volkstum" über „Kriechertum und Angstmeierei":

> „Die seelische Reaktion des Spießers auf die Gewalt überindividueller Mächte, die über ihn dahinbraußen, pflegt zu sein: Aengstlichkeit, Sich-Ducken und Pfötchengeben. Damit kommt er überall durch die Welt und durch jede Revolution.
>
> Eiligst suchte der Spießer auf dem Parteibüro ein Loch, durch das er in die Partei hineinschlüpfen könnte ... Durch Aeußerlichkeiten schmust er sich an die heran die Macht haben, um innerlich zu bleiben, was er war, ist und ... sein wird ... Aufmerksam späht er nach dem Munde derer, die sein Schicksal (!) sind. Keinen Gedanken wagt er mehr von sich zu geben, ohne sie durch irgend ein Zitat von Hitler, Göring, Göbbels usw. zu sichern ... Ganz besonders devot erfolgt das Zitat dann, wenn der Spießer es als Deckung für seine eigene andere Meinung benutzt, die er nicht klar auszusprechen wagt.
>
> **Speiübel wird einem vor diesem Neubyzantinismus des ewigen Spießers."**

Ganz unsere Meinung! Aber dieser Neubyzantismus, dieses Kriechertum, diese Angstmeierei sind die unvermeidlichen Folgen eines Systems, das die Freiheit gemordet, den Geist in Fesseln geschlagen, die aufrechten Männer und Frauen in die Gefängnisse und Konzentrationslager gesperrt oder ins Exil gejagt hat! Wer das mit gefördert hat, darf sich über die Folgen nicht beklagen.

Blick in die Naziseele

Die braune Geistigkeit in Selbstzeugnissen.

Wir erhielten den folgenden anonymen Brief:

Durch Zufall bekomme ich ein Exemplar Ihrer Schmierzeitung zu lesen, für deren Inhalt Sie als Herausgeber verantwortlich sind, wie ja wahrscheinlich der Inhalt überhaupt zum vorwiegenden Teil Ihr Geistesprodukt sein dürfte. Zunächst mal eine Frage werter Herr: Sie sind doch ganz zweifellos einer von denjenigen Lumpen, denen bei Erstehung des Dritten Reiches der Hosenboden gebrannt hat, weil Sie wußten, was Ihnen, wenn Sie geschnappt werden sollten, für Ihre Gaunereien blüht. Hätten Sie ein reines Gewissen gehabt, dann hätten Sie ja garnicht nötig gehabt das Feld zu räumen. Oder glauben Sie vielleicht, daß das neue Deutschland für Leute Ihres Schlages, die mit den verwerflichsten und allergemeinsten Mitteln versuchen die Volksseele zu vergiften, noch Extra-Prämien zahlen wird? Ihre Gesinnungs- und Denkungsart stammt bestimmt nicht von gestern und heute, sondern solcher Dreck ist angeboren und ganz zweifellos vor der Umstellung im Reich unter dem Schutze gleichgesinnter Lumpen in Deutschland von Ihnen ausgeübt worden.

Erbauen können sich an der Lektüre eines solchen Schmierwisches (der Ausdruck Zeitung oder Wochenblatt paßt für alles andere, bloß nicht für ein von unten bis oben mit Dreck besudeltes Blatt, vor dem, wollte man sich damit den Hintern abwischen, selbst der Kot streuben würde) nur Leute Ihres Schlages. Glauben Sie denn im Ernst, Sie Vollblut-Idiot, daß es außer Ihnen, auch außerhalb der Reichsgrenzen wirklich Leute gibt, die solche aus den Fingerspitzen gesogenen, faustdicken Lügen glauben könnten? Es ist natürlich sehr leicht aus dem Hinterhalt, wo man solches Lumpengesindel nicht fassen kann, eine derartige Schmäh- und Hetzpropaganda in Szene zusetzen. Aber gerade diese Hinterhältigkeit ist ja bezeichnend für eine solche Giftkanallie, wie Sie eine sind Leute mit dem zehnten Teil Ihrer verseuchten Spazengehirn-Substanz riechen den Braten doch schon von Weitem. Oder bilden Sie Bananen-Affe sich etwa ein, daß es auf dem ganzen Erdenrund außer Ihnen und Ihrer Sippe noch Jemand geben könnte, der solche Schweinsgehirn-Gedankengänge für Ernst nehmen könnte?

Alles was Sie da hinschmieren, von Anfang bis Ende erlogen und erfunden Aber verlassen Sie sich darauf, es gibt noch eine Gerechtigkeit, und wenn es nicht gelingen sollte, Sie doch einmal am Kragen zu fassen, obwohl sich so leicht niemand finden wird, der sich an einem Dreckhengst die Finger beschmieren will, so wird Ihnen ganz bestimmt einmal beim Diktat erneuter Schmäh- und Lügenartikel das Schandmaul stehen bleiben, so daß Sie weder gix noch gax mehr sagen können und bei offenem Maule elend verhungern müssen. Es ist mein dringender Wunsch, daß Sie diese Zuschrift unverkürzt in Ihrer Schmierzeitung veröffentlichen, damit Sie Ihre Gesinnungsgenossen ob Ihres Märtyrertums entsprechend bedauern können. **Einer für Alle.**